

Am Vorabend des Kampfes.

Keine weitere Einwirkung der Mächte auf die Türkei.
Die „Russische Zeitung“ meldet aus Berlin: Die Konstantinopeler Meldung des Wiener K. K. Tel. Corrs. ist, nach welcher in den vorigen diplomatischen Kreisen geglaubt wird, daß ein gemeinsamer Schritt der Mächte bei der Frage bevorsteht, beruht auf einem Irrtum. Gemeinliche Schritte sind unferes Wissens nach jetzt weder der Westmächte noch der Balkanstaaten gegenüber geplant. Eine Einwirkung auf die Erhaltung des Friedens kann auch in einer anderen Weise geschehen, über welche die heutige Vorkonferenz in London beschließen wird. Entgegen den Gerüchten ist es nicht zu befürchten, daß die Vorkonferenzverhandlungen gegenwärtig freiwillig ausgesetzt werden lassen werden. Die Mächte werden bis zum letzten Augenblick tätig sein, um einen Wiederausbruch des Krieges entgegenzuwirken. Deutschland ist nach unseren Ermittlungen bereits mit gutem Beispiel vorgegangen.

Die bulgarische Regierung gegen die Komitatshis.
Die bulgarische Regierung ließ im Bezirk Serres über 200 bulgarische Komitatshis verhaften, welche an Unfuglichkeiten und Verbrechen während des Krieges beteiligt gewesen sein sollen. Unter den Verhafteten befindet sich auch der von den Bulgaren zum Präzidenten von Ganga eingewählte Bandenführer Dumbalafoski, dem die schwersten Anschuldigungen zur Last gelegt werden.

Eine Unterredung mit Mahmud Scherif-Bascha.
Angefaßt der anstehenden wieder zu eröffnenden Feindseligkeiten ist es interessant, was der Großvezir einem Berichtserfasser des „Daily News“ mitgeteilt hat. Er stellte vor allem in Abrede, daß sein Kabinett nur zur Macht gelangt sei, um den Krieg weiter zu führen. „Das ist absolut falsch“, sagte er. „Unsere Aufgabe ist es allerdings, das Reich vor der Demütigung des Verlustes von Adrianopel zu bewahren. Wenn wir Adrianopel ganz aufgeben, würde eine Revolution im ganzen Reich nicht zu verhüten sein. Wenn ich nachgebe, werde ich das Schicksal meines Vorgängers teilen. In meiner Antwort auf die Note der Großmächte bin ich so weit gegangen, wie irgend möglich war. Ich glaube, kein anderer Staatsmann in der Türkei würde es gewagt haben, sich bis dahin dem Abgrund zu nähern. Ich habe halb Adrianopel geboten und die Verpflichtung übernommen, die Befestigungen der anderen Hälfte zu schleifen. Die Stadt wird in Zukunft keinen militärischen Wert mehr für uns haben, auch keinen kommerziellen, denn die Bulgaren werden tatsächlich die Herren werden. Gehe ich noch einen Schritt weiter, so kürze ich in den Abgrund. Wir haben 75 Prozent Beute gegeben, was man von uns forderte — 160 000 Quadratkilometer. Jetzt handelt es sich nur noch um ein paar weitere Quadratkilometer. Wir Türken sind Soldaten, keine Schachzerer. Die Bulgaren haben uns fast unseren ganzen europäischen Besitz abgenommen, aber dieses jagde und habgierige Bauernvolk will noch zwei Kilometer mehr haben, und es ist bereit, deshalb die Kriegsgeld auf dem Balkan auf neue zu entkamen, wenn auch ganz Europa darüber in Brand gerät.“ Scherif-Bascha stellte in Abrede, daß die Flotendemonstration denkbar ist, daß in Rumänien eine sehr kriegerische Stimmung herrsche, habe für die Türkei so lange keinen Wert, wie nicht 200 000 Mann rumänische Truppen in Bulgarien einmarschierten. Hätte Rumänien mit der Türkei im Oktober gemeinsame Sache gemacht, so bräuhete es jetzt nicht um einen Landstreifen in der Dobrußa zu feilschen. Scherif-Bascha scheint nicht zu glauben, daß es in Bulgareien ernst meint. Er hat das größte Vertrauen in die Armee von Tschataldscha und glaubt, die ganze Nation hinter sich zu haben. „Dies wird ein Kampf auf Leben und Tod werden“, schloß er. „Einer von uns beiden muß vernichtet werden. Die Großmächte allein können noch einen Versöhnungsversuch machen.“

Deutsches Reich.

Die „Norddeutsche“ über das Mißtrauensvotum gegen den Kanzler.

(Wiedergabe unserer Korrespondenten.)
Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt offiziell: Auf der Grundlage der von den Polen und eines Teiles des Zentrums eingebrachten Interpellation ist die preussische Diätenpolitik mit Bezug auf die Anwendung des Entzugesgesetzes zum Gegenstand der Kritik des Reichstags gemacht worden. Hierbei liegt der Versuch einer Verfeinerung der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten. Heute noch gilt, was die vom Präsidenten Bismarck am 10. Dezember 1885 im Reichstage verlesene Allerhöchste Resolution ausführt: „Es gibt keine Reichsregierung, welche berufen

wäre, unter der Kontrolle des Reichstags die Aufsicht über die Handhabung der Bundeshöflichkeit der einzelnen Bundesstaaten zu führen, soweit das Recht dazu nicht ausdrücklich dem Reiche übertragen worden ist.“

Der Reichsanwalt war daher verpflichtet, jenen mit dem deutschen Verfassungsrecht in Widerspruch stehenden Versuch zurückzuweisen. Trotzdem ist im Reichstage mit Hilfe des Zentrums und der Sozialdemokraten der politische Antrag angenommen worden, daß die Zulassung der Entzuges für die Zwecke der preussischen Anfechtungsgesetzgebung durch den Reichsanwalt nicht der Aufhebung des Reichstags entzogen. Einem solchen im Widerspruch an eine Interpellation von einer Mehrheit des Reichstages beschlossenen Antrag kommt um so weniger staatsrechtliche Bedeutung zu, als sein Gegenstand überhaupt der Zuständigkeit im Reiche entzogen ist. Die politische Folge dieses Eingriffs in einzelstaatliche Rechte wird aber sein, daß sich die Polen in ihrer Agitation gegen das deutsche Anfechtungsgesetz in den Diktatorien bestärkt fühlen. Das kann jeder deutsche Mann, sei er Preusse oder Nichtpreusse, Anhänger oder Gegner der Entzuges, nur lebhaft bedauern.

Parlamentarisches.

Aus dem Herrenhaus.
8 Berlin, 1. Febr. Ueber eine Petition der Kommission im Wahlkreis Schwednitz-Grigau zur Unterstutzung der Anträge der Teuerung und zur Feststellung von Abhilfemaßnahmen, um Durchführung der von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen gegen die Teuerung, berichtet Graf von der Schulenburg-Grünthal. Oberbürgermeister Körte-Königsberg: Es ist uns zweifelhaft, ob die Regierung weise und zweckmäßig gehandelt hat, über Ausstattung gewisser Kreise des Mittelstandes Maßnahmen zur Preisoberlegung zu ergreifen. Schließlich könnte man dazu übergehen, auch die Brotverorgung in die Hand zu nehmen. Das könnte zu einem gewissen Kommunismus führen. Auf diese Weise würden Kommunen Aufgaben zugeteilt, die sie gar nicht leisten können. Die Petition wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Ausland.

Leichte Erkrankung Kaiser Franz Josefs.

Wie dem „Hirshbureau“ gemeldet wird, leidet der österreichische Kaiser an einer harmlosen Halsentzündung; auch der österreichische Thronfolger muß sich demnach aus Gesundheitsrücksichten nach dem Süden begeben. Man geht wohl kaum auf die Annahme, daß die Veranlassung zu dieser Krankheit der Umstand ist, daß der Kaiser sich bei den Besichtigungsreisen des Erzherzogs Rainer vertreten lassen wird. Dies dürfte aber wenig wundernehmen und auf das hohe Alter des Monarchen und das schlechte Wetter zurückzuführen sein.)

Ein Handschreiben des Kaisers Franz Josef an den Baren.

Im Namen des Kaisers Franz Josef wird, wie schon telegraphisch gemeldet, in den nächsten Tagen Prinz Gottfried von Hohenlohe nach Petersburg reisen, um dem Baren ein überbringendes Handschreiben des Kaisers von Oesterreich zu überbringen. Wenn auch ein offizieller Vorwand gegeben ist, wird diese Tatsache in einem Augenblick, da im Rahmen der beiden großen Mächtegruppen die akute Krise des Balkankrieges besonders den Gegensatz der Anschauungen und Ziele der Donaumonarchie und Rußlands unterstreicht, doppelte Bedeutung haben. Persönlich wendet sich der große Monarch in Wien an den einstmaligen Befürder des Friedensengagements. Die Schlussfolgerung ist da kaum zu gewagt, daß der Prinz um der Balkanfrage und damit der Ruhe Europas willen auf die Reise geht.

Das Wiener „Freundenblatt“, das die Nachricht gellert brachte, fügt hinzu, daß die Mission vollständig den freundschaftlichen Beziehungen entspricht, die zwischen den Höfen von Wien und Petersburg herrschen. Allem Anscheine nach hat man es mit einer feierlichen persönlichen Kundgebung des Kaisers Franz Josef anlässlich der bevorstehenden Jubelfeier des 300jährigen Bestandes des Hauses Romanow in Rußland zu tun. Diese Kundgebung zeigt, daß das österreichische Kaiserhaus freundschaftliche Beziehungen zum Petersburger Hofe anstrebt. Es ist kein Geheimnis, daß die meisten Erzherzoge, und vor allem der Erzherzog-Thronfolger Franz-Ferdinand, von dem aufrichtigsten Bunde befehle sind, die seit dem Jahre 1908 erhaltene Beziehungen von Hof zu Hof wärmer zu gestalten.

Es fehlt aber auch nicht an ersten Stimmen, die darauf hinweisen, daß die Jubelfeier des Kaisergeschlechtes Romanow nur zum Anlaß angenommen wurde für die besondere Mission des Prinzen Gottfried v. Hohenlohe und daß diese Mission einen politischen Charakter habe. Man erinnert an die besondere Mission des russischen Obersten Sumarokow im Jahre 1874 beim Kaiser Franz Josef, die der Kaiserzusammenkunft bei Reichstadt voranging. Oberleutnant

Prinz Gottfried v. Hohenlohe hat sich bekanntlich erst vor kurzer Zeit mit einer österreichischen Erzherzogin, der Tochter des Erzherzogs Friedrich, vermählt.

Die mißliche Lage der Schiffer.

Generalversammlung des Deutschen Schifferbundes.

Berlin, 31. Januar.
Im Restaurant „Zum Heibelberger“ trat heute der Deutsche Schifferbund unter dem Vorsitz von Gansow (Berlin) zu seiner diesjährigen Generalversammlung zusammen. Als Ehrengäste waren u. a. anwesend Reichstagsabgeordneter Gotthein, die Landtagsabgeordnete Cruxon (Magdeburg) und Prinz zu Löwenstein.

Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden erstattete der Schriftführer Dr. Krüger (Berlin) den Geschäftsbericht. Der Geschäftsbericht hebt hervor, daß dem Bunde 38 Vereinigungen von Schiffervereinigungen, Organisationen von Schiffern bis zur Weiser, von der Saale und Oder bis nach Pommern und Mecklenburg angeschlossen, und freit die Fragen der Eisenbahnverkehrsfrage, des Befähigungsnachweises für Binnenfahrtsfahrer, Abänderung des Binnenfahrtsfahrtsgesetzes, der Ueberwinterungskosten, Nacht- und Sonntagsruhe.

Reichstagsabgeordneter Gotthein sprach in der Diskussion zunächst über die Wasserfrage und warnte vor einer Verallgemeinerung, gegen welche im Reichstage bereits entschiedener Einspruch erhoben worden ist. Die Lage des Schiffergewerbes sei unseufzbar eine sehr mißliche, namentlich wegen der Konkurrenz der Eisenbahn. Die Schifferfrage lassen die großen und leistungsfähigen Ströme frei, während sie in absehbarer Zeit auf die kleineren Wasserwege abgewandt werden sollen. Das wird nicht dazu dienen, die Binnenfahrtsfrage zu heben. Der Redner würde die Schaffung eines Bauenministeriums lebhaft begrüßen, das die Interessen der Schiffer wahrnehmen würde. Er machte schließlich für Entlastung aller Interessenten und sagte seine und seiner politischen Freunde weitgehende Unterstützung zu.

Abgeordneter Cruxon (Magdeburg) erläuterte die Frage, ob von einem Notstand der Schifffahrt gesprochen werden könne; die Regierung und verschiedene andere Kreise leugnen das Vorhandensein eines solchen. Es sei Aufgabe des Schifferbundes, das Vorhandensein eines Notstandes immer wieder nachzuweisen. Dieser Notstand habe seine Ursache hauptsächlich darin, daß der Schiffer für natürliche Abgabegeld infolge der Tarifpolitik der Eisenbahnen entzogen worden ist. Der Antrag, bei tariflichen Maßnahmen die Vertreter der Binnenfahrtsfrage zu hören, der im Reichstag eingebracht wurde, ist unter den Tisch gefallen und habe auch späterhin keine Aussicht auf Berücksichtigung. Der Redner befürwortete, die einfache Uebertragung der Wassermetrie auf die Binnenhäfen nicht einfach zu verlassen, sondern zu verlangen, daß das Abgabegeld der Binnenfahrtsfrage durch tarifliche Maßnahmen gesüßt werde.

Nach einer kurzen Pause wurde der Kasienbericht entgegenkommen, worauf dem Vorstand Entlastung erteilt wurde. Die ausstehenden Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. — Nach Erledigung einer Reihe interner Bundesfragen sowie verschiedener technischer Angelegenheiten wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden in der üblichen Weise geschlossen.

Luftschifffahrt.

Ein neuer Passagier-Weltrekord mit drei Fluggästen an Bord wurde von dem bekannten deutschen Militärflieger Kaiser mit einer 100 P.S. Aviatik-Argus-Doppeldecker-Maschine auf dem Flugplatz Habsheim bei Straßburg aufgestellt. Kaiser flog mit drei Personen an Bord nicht weniger als zwei Stunden drei Minuten und übertraf damit den von dem Dipl.-Ing. Grühl am 25. Januar 1912 erreichten Weltrekord von 1 Stunde 35 Minuten erheblich.

Watterwarte zu Hamburg.

- 3. Februar: Veränderlich, ziemlich milde, reichwolke. Regen.
- 4. Februar: Abwechselnd normal, milde.
- 5. Februar: Wenig verändert, leicht, lebhafter Wind.

Sanatorium St. Blasien
für Lungenkranke
Im sahl. Schwarzwald — 800 m über dem Meer. Aerol. Leiter: Medizinalr. Dr. A. Sander. Herrl. Gebirgsst. sanit. praesid. Nannwald. Müll., sonn. Winterklima. Berv. Naturw. Nah. durch alle Illust. Prospekte.

KLOSS U. FOERSTER-SEKTE:
"ROTKÄPPCHEN"
"CABINET"

Zu beziehen durch den Weinhandel.

Vertreter: Carl Wicht, Halle a. Saale. Fernsprecher 3436.



